

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag  
Ausschuss für Tourismus

## Redigiertes Wortprotokoll der 28. Sitzung

### **Ausschuss für Tourismus**

Berlin, den 8. Februar 2023, 15:00 Uhr  
Paul-Löbe-Haus  
4.600

Vorsitz: Jana Schimke, MdB

## Tagesordnung – Öffentliche Anhörung

### **Tagesordnungspunkt**

**Seite 4**

Öffentliche Anhörung – „Lage in den kleinen und mittelständischen Betrieben im Tourismusbereich“

**Teilnehmende Ausschussmitglieder**

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Hagl-Kehl, Rita Rinkert, Daniel Troff-Schaffarzyk, Anja Zierke, Stefan	Ortleb, Josephine
CDU/CSU	Brehmer, Heike Donth, Michael Karliczek, Anja Schimke, Jana Wittmann, Mechthilde	Vieregge, Kerstin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Gastel, Matthias Otte, Karoline Schmidt, Stefan	Benner, Lukas
FDP	Hanke, Reginald Tippelt, Nico	
AfD	Moncsek, Mike Münzenmaier, Sebastian	
DIE LINKE.	Lutze, Thomas	



---

## Liste der Sachverständigen

Öffentliche Anhörung zum Thema  
**„Lage in den kleinen und mittelständischen Betrieben im Tourismusbereich“**  
am Mittwoch, 08. Februar 2023, 15:00 – 16:30 Uhr

---

### **Sonja Austermühle**

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

### **Anke Budde**

Präsidentin, asr Allianz selbständiger Reiseunternehmen – Bundesverband e.V.

### **Dr. Ute Dallmeier**

Geschäftsführerin, Lufthansa City Center Niederrhein

### **Ingrid Hartges**

Hauptgeschäftsführerin, Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V. (DEHOGA)

### **Sven Liebert**

Generalsekretär, Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e.V. (BTW)

### **Dr. Ilja Nothnagel**

Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)

Die Benennung der Sachverständigen erfolgte im Einvernehmen aller Fraktionen.



## Tagesordnungspunkt

### Öffentliche Anhörung - Lage in den kleinen und mittelständischen Betrieben im Tourismusbereich

hierzu wurde verteilt:

- A-Drs. 20(20)69 (Anlage 1)
- A-Drs. 20(20)70 (Anlage 2)
- A-Drs. 20(20)71 (Anlage 3)
- A-Drs. 20(20)72 (Anlage 4)
- A-Drs. 20(20)73 (Anlage 5)
- A-Drs. 20(20)74 (Anlage 6)

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße sie recht herzlich zu unserer heutigen öffentlichen Anhörung zum Thema "Lage der kleinen und mittelständischen Betriebe im Tourismusbereich". Die Obleute haben sich im Vorfeld der heutigen Anhörung darauf verständigt, zwei Fragerunden durchzuführen und in diesen zwei Fragerunden werden je Fraktion jeweils maximal zwei Fragen an die Sachverständigen gerichtet. Die Kolleginnen und Kollegen haben dafür je Fragerunde maximal zwei Minuten Zeit, ihre Fragen zu stellen. Die Sachverständigen haben für die Beantwortung je Frage drei Minuten Zeit, wenn Sie zwei Fragen gestellt bekommen, dann selbstverständlich sechs Minuten.

Wir begrüßen heute Frau Sonja Austermühle von ver.di und Frau Anke Budde, Präsidentin der asr (Allianz selbstständiger Reiseunternehmen). Frau Dr. Ute Dallmeier (Geschäftsführerin Lufthansa City Center Niederrhein) haben wir online zugeschaltet. Heute zu Gast sind weiter Frau Ingrid Hartges (Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA), Herr Sven Liebert (Generalsekretär des Bundesverbandes der Deutschen Tourismuswirtschaft BTW), und Herr Dr. Ilja Nothnagel (Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Deutschen Industrie- und Handelstages DIHK).

Wir beginnen die Fragerunde mit der SPD-Fraktion. Herr Zierke, Sie haben das Wort.

Abg. **Stefan Zierke** (SPD): Meine erste Frage geht an Sven Liebert, BTW. Wie ist die aktuelle Stimmungslage bei den kleinen Betrieben nach Corona, bei eigentlich einem sich aufhellenden Buchungsjahr 2022? Die zweite Frage richtet sich an Herrn Nothnagel von der DIHK. Wie schätzen Sie die

Lage der kleinen und mittelständischen Unternehmen im Tourismusbereich auch im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb ein? Was muss aus Ihrer Sicht hier geschehen und was wünschen sich die Betriebe?

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Herr Liebert, bitte.

**Sven Liebert** (BTW): Ich freue mich, heute das erste Mal im Tourismusausschuss dabei zu sein. Wie ist die Lage von kleinen und mittelständischen Unternehmen nach Corona? Ich glaube, es war alles weit schlimmer erwartet worden, als es letztendlich gekommen ist. Draußen scheint die Sonne. Auch bei einem Teil der Tourismuswirtschaft ist im Moment eine Menge los, was ein Signal zur Freude ist. Wir merken, dass tatsächlich die Buchungslage weiter zunimmt. Auch wenn Teilbereiche der Tourismuswirtschaft nach wie vor unter den Zahlen von 2019 bleiben, merken wir vor allen Dingen: Es gibt eine große Bereitschaft zum Reisen, es gibt den Wunsch, Dinge nach wie vor nachzuholen. Bürgerinnen und Bürger freuen sich auf einen gemeinsamen Abend mit Freunden in Hotellerie und Gastronomie, und sie freuen sich vor allem auf den Urlaub. Nichtsdestotrotz muss man ein bisschen „Wasser in den Wein schütten“. Auf der einen Seite, weil natürlich die Unternehmen durch die letzten zweieinhalb Jahre wahnsinnig gebeutelt wurden. Jetzt wieder in den normalen Geschäftsbetrieb zu kommen, ist für die meisten Unternehmen eine echte Herausforderung, gerade für kleine und mittelständische Betriebe. Zum anderen sind da die derzeitigen relativ hohen wirtschaftlichen Herausforderungen. Wir erleben, dass viele Unternehmen Sorgen haben: Wie entwickelt sich die konjunkturelle Lage? Wie entwickeln sich die Haushaltseinkommen der Bürger? Bleibt die Konsumnachfrage so wie sie gerade ist? Wie kann man für den Rest des Jahres planen, gibt es positive Tendenzen? Wir hoffen, dass das Jahr so weiter geht, wie es angefangen hat, aber wir nehmen das nicht für selbstverständlich und es gibt eine Menge, was die Politik tun kann, um den Weg ein bisschen besser zu bereiten.

**Dr. Ilja Nothnagel** (DIHK): Ich würde direkt daran anschließen. Den Betrieben steckt das Thema Corona noch in den Knochen, was sich in den Bilanzen zeigt. Viele Unternehmen sagen bei unseren Umfragen, dass sie Eigenkapitalrückgang haben,



was nur zum Teil durch die bisherige gute Entwicklung in 2022 aufgefangen werden konnte. Die Frage ist: Wie stellt sich ein Unternehmen nach Corona auf? Wo ist das Geld für die Investitionen, für die Erneuerung, für die Digitalisierung? Das sind große Fragen in der Branche, gerade zum Beispiel im Spannungsfeld mit dem Thema Fachkräftemangel. Also wie kann ich die betrieblichen Prozesse so beschleunigen, dass ich auch mit weniger Personal auskommen kann und „mehr Zeit am Kunden“ habe. Das ist ein großes Thema, was sicher noch für länger die Branche beschäftigen wird.

Ihre Frage bezieht die internationale Wettbewerbsfähigkeit ein. Wir haben erlebt, dass 2021 die Gästeankünfte aus dem Ausland auf ein Drittel gefallen sind. Wie können wir weltweit dafür werben, dass der Tourismusstandort Deutschland spannend bleibt als Ziel für Reisen? Und vielleicht kann man da nicht nur die Touristen, sondern auch die Geschäftsreisenden, etwa die Besucher von Messen, einbeziehen? Erstens, dass wir im Ausland für den Standort werben, da gibt es mit der DZT eine gute Institution, die sich weltweit für den Standort einsetzt. Zweitens die Frage, wie machen wir das gerade bei Geschäftsreisen? Wie schnell geht das mit der Visa-Vergabe? Drittens haben wir die Frage, wenn die Menschen dann hier sind, wie es mit der Breitband-Versorgung im Lande aussieht, und zwar für Geschäftsleute wie für Privatkunde. Im internationalen Wettbewerb können diese Punkte schon Ausschlusskriterien sein, auch für zahlungskräftige internationale Kunden wie etwa aus Fernost.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Bevor ich das Wort an die CDU/CSU-Fraktion gebe, noch ein herzliches Hallo an Herrn Dieter Janecek, den Koordinator der Bundesregierung für Tourismus. Wer spricht für die CDU/CSU-Fraktion? Das Wort hat Frau Kerstin Vieregge.

Abg. **Kerstin Vieregge** (CDU/CSU): Ich hätte zwei Fragen an Frau Hartges, die ja in der Stellungnahme, die uns allen zugegangen ist, die dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer auf 7 Prozent fordert, was seit längerem auch unsere Forderung ist. Wir haben ja schon von der schwierigen Kostensituation im Gastgewerbe gehört. Aber anders gefragt: Welche Auswirkungen – auch auf den Markt – wären zu befürchten, wenn diese Mehrwertsteuer-Reduzierung nicht dauerhaft beibehalten würde?

Ein anderes Thema, das ich in der Stellungnahme von Frau Hartges nicht gefunden habe: Zwar hatten Sie beschrieben, dass durch Corona sich 11 Prozent Rückgänge der Unternehmen ergeben hätten. Mich würde interessieren, inwiefern die durch Pandemie und Hochwasser entstandenen Benachteiligungen der Betroffenen bei den Hilfen der Regierung, die etwa im Hinblick auf die Energieversorgung zugesagt wurden, entsprechend berücksichtigt werden konnten?

**Ingrid Hartges** (DEHOGA): Zur zweiten Frage vielleicht zuerst, weil sich die kürzer beantworten lässt. Zunächst ist wichtig, dass die Strom- und Gas-Preis-Bremse bei der Mehrzahl der mittelständischen und kleinen Unternehmen Entlastungswirkungen entfalten wird. Es ist im Eilverfahren noch ein Entschließungsantrag durch den Bundestag gegangen im Kontext mit der Verabschiedung der Gas- und Strompreis-Bremse. Da ist beschlossen worden, dass die Corona-Effekte oder Effekte durch die Hochwasserkatastrophe Berücksichtigung finden bei der Berechnung der Jahresendverbrauchsprognose. Und das ist gut so. Das gilt für die Vielzahl der Unternehmen unserer Branche. Wo Sie allerdings ein Hotel haben mit 100 Zimmern, das sind sogenannte Kunden „mit registrierter Leistungsmessung“ – also mehr als 1,5 Millionen Kilowattstunden Gas und mehr als hunderttausend Kilowattstunden Strom –, für diese Kunden gibt es keine Berücksichtigung der Sondereffekte, weil hier streng auf das Referenzjahr 2021 verwiesen wird. Ich verstehe nicht, dass wir, wenn das Hotel 2021 zum Beispiel für fünf Monate geschlossen war, hier keine Lösung hinbekommen. Ich weiß, es wird mit Hochdruck an dem Thema gearbeitet, ich habe auch großen Respekt vor den abwicklungstechnischen Herausforderungen der Energieversorger, aber man kann sich durchaus faire Lösungen für die Unternehmen vorstellen. Ich weiß, dass das Wirtschaftsministerium da Gespräche führt, und ich hoffe, die werden zu einem guten Ergebnis führen. Da bleiben wir am Ball. Wir bekommen jetzt erste Berechnungen von den Unternehmen und ihren Energieversorgern und werden dann anhand der Zahlen nochmal deutlich machen, in welchem Umfang da nach unserer Ansicht eine Benachteiligung vorliegt.

Zu Ihrer anderen Frage, Frau Vieregge. Es wäre eine absolute Katastrophe für unsere Branche, wenn die



Mehrwertsteuerreduzierung auf Speisen in Höhe von 7 Prozent zurückgenommen würde. Das war die längst überfällige steuerliche Gleichbehandlung bei der Verabreichung von Speisen. Convenience-Produkte im Supermarkt, Essen to go, Essen zur Lieferung hatten immer diese 7 Prozent, weil das steuer-systematisch auch nicht anders geht. Das Essen, das im Restaurant frisch zubereitet und auf dem Teller angerichtet wird, wurde dagegen mit 19 Prozent besteuert, obwohl die Essenszubereitung im Restaurant viel arbeitsintensiver ist. Dazu nur einige Zahlen: Wir beschäftigen auf den gleichen Umsatz sechs Mal so viele Beschäftigte wie der Lebensmittel-Einzelhandel. 21 EU- Staaten gewähren ihrer Gastronomie auf Speisen den reduzierten Mehrwertsteuersatz, teilweise seit Jahrzehnten. Also die Mehrwertsteuerreduzierung war wichtig und in sowie nach der Corona-Krise eine bedeutende und Mut machende Maßnahme. Die 7-Prozent-Regelung wurde bis Jahresende 2024 verlängert. Gerade jetzt wäre es wichtig klarzustellen, dass die Mehrwertsteuerreduzierung für Speisen dauerhaft sein soll. Es wäre niemandem vermittelbar, wenn das Essen, was sie nach Hause geliefert bekommen, weiterhin 7 Prozent hat und das, was in dem schönen Ambiente eines Wirtshauses – also in den öffentlichen Wohnzimmern der Republik mit netter Atmosphäre, Deko und viel Aufwand – betrieben wird, wieder mit 19 Prozent „bestraft“ würde. Ich glaube, dann würden noch mehr Unternehmer die Lust verlieren, selbständig ein Speise-Restaurant zu führen. Die gegenwärtige Kostensituation für die Branche ist ohnehin drückend. Deswegen mein herzlicher Appell, den reduzierten Mehrwertsteuersatz beizubehalten. Wir haben die Nachwirkungen der Pandemie wie etwa die Kredit-Verbindlichkeiten, wir haben aufgezehrte Rücklagen aus der Pandemie und wir haben zunehmende gewaltige Kostensteigerungen. Die Januar-Umfrage hat es klar gezeigt: Die Kostensteigerungen sind bei Lebensmitteln 26 Prozent, bei Getränken 19 Prozent und bei Energiekosten 76 Prozent. Bei den Personalkosten sind das über 20 Prozent und das dynamisiert sich oft auch noch aufgrund des Fachkräftemangels. Klar, durch die Pandemie sind uns Mitarbeiter verloren gegangen und vielfach müssen wir übertariflich bezahlen. All das können wir nicht auf die Kunden abwälzen. Und wenn dann noch die Mehrwertsteuer angehoben würde, dann wäre das wirklich eine Katastrophe. Das wäre auch keine Wertschätzung für das, was wir lieben. Wenn

wir die Vielfalt des kulinarischen Angebots sowie der Leistungsträger im Tourismus speziell in den ländlichen Regionen erhalten wollen, dann müssen wir die reduzierte Mehrwertsteuer auf Speisen dauerhaft beibehalten. 21 EU-Staaten zeigen mit einer solchen Regelung die Wertschätzung für das, was für die Gesellschaft wichtig ist. Dazu gehören auch unsere Wirtshäuser und Restaurants, wo Menschen jedweder Kultur und jedweder Einkünfte Geborgenheit finden und „Urlaub vom Alltag“ machen können. Diese Plätze gilt es zu erhalten und dafür brauchen wir einem reduzierten Mehrwertsteuersatz für Speisen.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Die nächste fragestellende Fraktion ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Herr Stefan Schmidt hat das Wort.

Abg. **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Vieregge und Frau Hartges haben meine Fragen schon vorweggenommen, deshalb kann ich jetzt gleich andere stellen, die sich an Frau Budde vom asr und an Herrn Liebert vom BTW wenden. Sie haben beide in ihren Ausführungen teilweise Aussagen gemacht, die ich gern hinterfragen möchte. Einmal schreibt der asr in seiner Stellungnahme, dass künftig weniger Reisen im Niedrigpreissegment gebucht würden und der BTW schreibt, dass die Menschen bei der Reisebuchung infolge der gestiegenen Kosten und Preise preisbewusster geworden seien. Vielleicht können Sie auf diesen scheinbaren Widerspruch etwas eingehen. Die andere Frage, die ich an Sie beide habe, ist, dass – wie Sie schreiben – die Menschen wieder mehr Lust auf Reisen und Urlaub hätten, aber der Großteil der Menschen kurzfristiger buche. Welche Auswirkungen hat dieses geänderte Buchungsverhalten auf das Geschäft insbesondere der Reiseveranstalter, aber auch der Reisebüros?

**Sven Liebert** (BTW): Bei Analysen der Trends in einem Tourismusjahr stochert man in den ersten Monaten eines Jahres immer ein Stück weit im Nebel herum. Erst ab Mitte des Jahres werden wir klarer sehen.

Das vorausgeschickt haben wir insbesondere einen Trend bemerkt, dass vor allem kurzfristiger gebucht wird, also man entscheidet sich oft erst an einem Donnerstag, dass man am Samstag wegfliegen



möchte. Das setzt natürlich die Branche hinsichtlich der Ressourcen-Kapazitäten stark unter Druck. Die Menschen werden sich insgesamt den Urlaub nicht nehmen lassen, aber viele machen sich schon Gedanken, wie man den Urlaub ein bisschen preiswerter gestalten kann. Für 2023 ist die Prognose, dass 60 Prozent einen mindestens fünf-tägigen Urlaub fest planen. Bei unteren Einkommensschichten gibt es eine andere Preissensitivität als bei der Mittelschicht oder bei gehobenen Einkommenskreisen.

Spannend ist das Konsumverhalten während einer Urlaubsreise, d.h., wie viel man sozusagen vor Ort konsumiert. 70 Prozent haben geäußert, weniger für Shopping und Souvenirs auszugeben und auch an Restaurants und Gastronomie vor Ort wird gespart.

**Anke Budde** (asr): Einen Widerspruch von Buchungsverhalten und Reisepreis sehe ich nicht. Unser Hinweis bezieht sich darauf, dass wir in den vergangenen Jahren zum Teil ein Preisdumping gesehen haben, das sich die Branche für verschiedene Destinationen geliefert hat. Reisen für 599 oder 699 Euro wurden zum Beispiel in die Türkei angeboten. Hier ist keine Wirtschaftlichkeit mehr gegeben, hier kann man nicht mehr von einem fairen Preis sprechen. Genau diese Kunden kalkulieren „Spitz auf Knopf“, sie buchen gern All-inclusive-Reisen, weil sie wissen, da kommt nichts mehr obendrauf. Die Leute würden mit steigenden Energiekosten auch im privaten Bereich belastet. Dann ist es schon eine Frage, ob ich mir zusätzlich noch eine Reise leisten kann. In meiner persönlichen Einschätzung bin ich da verhalten optimistisch. In den Reisebüros boomt es, ebenso bei den Reiseveranstaltern, wir haben sehr gute Buchungszahlen, aber abgerechnet wird im Oktober, wenn wir wissen, wie viele Gäste wirklich zu welchen Destinationen gereist sind. Das zunehmend kurzfristige Buchungsverhalten hat natürlich Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit der Branche. Herr Liebert hat es gerade angesprochen. Ich weiß ja als Reiseveranstalter gar nicht, wieviel Pauschalplätze ich vorher einkaufen soll, bleibe ich dann auf meinen Sachen sitzen, kann ich das Risiko eingehen? Das heißt, immer mehr gibt es Reiseveranstalter, die kurzfristig zu Tagespreisen ihre Flugplätze einkaufen und nicht mehr im Voraus, das heißt aber auch, je kurzfristiger ich buche, gerade im mitteleuropäischen Raum und auf der Fernstrecke, desto teurer kann es jedenfalls nach

den aktuellen Erfahrungen werden. Wenn ich im Voraus einkaufe, gehe ich allerdings das Risiko ein, auf meinen Sachen sitzen zu bleiben, habe dann hohe Ausfälle, weil ich es nicht verkauft bekomme und muss es dann wieder zu Dumping-Preisen rausgeben. Oder ich „bestrafe“ den Kunden, wenn er Last-Minute bucht. Ich kann sagen, im Mittelmeer-Bereich oder auf der Fernstrecke, die hochwertigen Reisen werden alle im Augenblick sehr langfristig gebucht, da man die derzeit verminderten Kapazitäten kennt.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Die nächste Frage wird von Nico Tippelt von der FDP-Fraktion gestellt.

Abg. **Nico Tippelt** (FDP): Frau Hartges und Herr Dr. Nothnagel, Sie beide adressieren in Ihren Ausführungen neben den Megathemen Arbeitskräftemangel und Energiepreise besonders eindringlich das Thema Bürokratie als zusätzliche Bürde für die kleinen und mittleren Betriebe in der Tourismusbranche. Wir als FDP-Fraktion unterstützen von Haus aus Ihre Forderungen nach Reduzierung von bürokratischem Aufwand und machen uns gern dafür stark. Was halten Sie von dem Ruf des BTW, Herr Liebert ist ja heute da, nach einem „Bürokratie-Roundtable-Tourismus“? Wäre das auch aus Ihrer Sicht sinnvoll? Wie können wir die Branche in diesem Punkt effizient unterstützen?

Und die zweite Frage geht an Frau Dr. Dallmeier am Bildschirm, als Betreiberin und Geschäftsführerin eines klassischen mittelständischen Unternehmens, also eines Reisevermittlers. Können Sie uns aus der Praxis schildern, wo Sie der Schuh in Sachen Bürokratie am meisten drückt? Nennen Sie uns doch bitte beispielhaft zwei bis drei Punkte und Ihre Vorstellungen dazu, wie dabei konkret aus Ihrer Sicht Abhilfe geschaffen werden könnte?

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Herr Dr. Nothnagel, bitte sehr.

**Dr. Ilja Nothnagel** (DIHK): Ich glaube, der Branche geht es bei der Bürokratiediskussion speziell um das Thema „Zeit am Kunden“. Also wie viel Zeit kann ich direkt dem Kunden oder Gast widmen? So macht es auch Sinn, was der BTW vorgeschlagen hat, das Thema Bürokratie branchenspezifisch zu behandeln. Wir haben zu dem Thema gemeinsam



mit Frau Hartges eine der letzten Veranstaltungen vor Corona gemacht und haben dort eine Studie gemeinsam vorgestellt. Nehmen wir mal ein Beispiel: Wenn Sie bei den Kühl- und Gefriergeräten in der Gastronomie, die mittlerweile die Temperatur ja auch elektronisch aufzeichnen, trotzdem noch einen Zettel ausfüllen müssen, falls das Gesundheitsamt vorbeikommt, dass die Temperatur zum richtigen Zeitpunkt auch richtig war, dann merkt man, dass das irgendwie nicht mehr zeitgemäß ist. Deswegen finde ich den Ansatz zu sagen, wir gucken uns das branchenspezifisch detailliert an, genau richtig, immer mit dem Ziel, dass vielleicht auch andere Branchen davon profitieren könnten.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Und nun Frau Dr. Dallmeier.

**Dr. Ute Dallmeier** (LCC): Für ein kleines oder mittleres Unternehmen - wie wir mit 30 Mitarbeitern - betrifft das Thema Bürokratie momentan insbesondere die Schlussabrechnungen für staatliche Überbrückungshilfen. Das ist sicherlich eine Ausnahmesituation und es ist auch gerechtfertigt, dass die Unternehmenszahlen vernünftig vorgelegt werden müssen. Dennoch entsteht hier ein bürokratischer Aufwand, der bei einem kleinen Unternehmen, wo die Geschäftsführung auch am Counter sitzt, kaum zu stemmen ist, weil ein großer Sachverstand insofern erforderlich ist, welche Zahlen und Umsätze förderfähig sind und welche nicht. Hinzu kommt, dass die Auslegung durch die Länder dabei auch unterschiedlich sein kann. Da haben wir ein Beispiel, dass in Hessen während der Corona-Pandemie nur Ausreiseverbote aus Deutschland akzeptiert werden und nicht Einreiseverbote anderer Länder, was zu einer gewissen Unsicherheit bei der Schlussabrechnung führt.

Dann haben wir natürlich weitere Themen zur Bürokratisierung. So bieten wir z.B. als Reisebüro unterschiedliche Leistungen an, also sowohl Pauschalreisen als auch Versicherungen und Mietwagen, und zwar als Einzelleistungen oder verbundene Reiseleistungen. Dazu müssen wir dem Kunden – und so geben wir Bürokratie an den Kunden weiter – unterschiedliche AGBs aushändigen, die der Kunde wiederum unterschreiben muss, damit wir sicherstellen, dass er das, was er gebucht hat, auch von den AGBs her versteht. Das ist eine zu-

sätzliche Bürokratisierung, die wir auch im Berufsbild der Reisebürokaufleute merken. Da wird über das Thema Fachkräftemangel hinaus etwa beklagt, was mir auch einige Mitarbeiter darstellen, dass sie nicht besonders glücklich darüber sind, weil sie eigentlich nicht Reisen verkaufen, sondern eben, wie sie es sehen, „Bürokratie“ machen. Auch in den Bereichen Geschäftsreise, Pauschalreise sowie Eigenveranstaltung müssen wir unterschiedliche Bürokratiehürden nehmen.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Nächste fragstellende Fraktion ist die AfD und Herr Münzenmaier hat das Wort.

Abg. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Meine erste Frage richtet sich an Frau Hartges und an Herrn Dr. Nothnagel. Ich greife das Thema auf, das Herr Tuppelt gerade aufgemacht hat. Ich glaube Bürokratieabbau ist etwas, worüber man gar nicht genug reden kann und ich wäre sehr dankbar, wenn die FDP da nicht nur einen Roundtable anregt, sondern sich in der Regierung durchsetzt, aber das nur am Rande gesagt.

Der DEHOGA hat mehrfach ein Belastungsmoratorium für die Gastronomie gefordert. Der DIHK kritisiert, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen überproportional betroffen sind. Könnten Sie vielleicht beide nochmal erläutern, was stört Sie beispielsweise an der Öko-Quote in der Gemeinschaftsverpflegung, der Allergen-Kennzeichnung von Lebensmitteln oder eben zum Beispiel Arbeitszeitdokumentation, dass wir das an ein paar konkreten Beispielen festmachen können.

Die zweite Frage, auch da greife ich gern nochmal ein Thema auf, über das wir heute schon geredet haben, die reduzierten Mehrwertsteuersätze. Sie wissen, wir haben das mehrfach gefordert, auch im Deutschen Bundestag gefordert. Jetzt haben Sie eben auch nochmal darüber gesprochen, über die Mehrwertbesteuerung von Speisen, da stehen wir selbstverständlich auf Ihrer Seite. Aber mich würde nochmal interessieren, weil wir das auch auf Getränke fordern – auch da unbefristet –, könnten Sie dazu vielleicht zwei bis drei Sätze sagen? Und vielleicht dadurch nochmal den Kollegen, die sich da momentan sträuben, die Ängste nehmen, dass das nicht an den Kunden weitergegeben würde. Das ist ja immer eines der Gegenargumente.





Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Frau Hartges.

**Ingrid Hartges** (DEHOGA): Vielleicht zunächst zu dem Thema Bürokratieabbau. Wenn es bei Bürokratie um ein Belastungsmoratorium geht, dann geht es um das, was Bundeskanzler Olaf Scholz Ende September in Verbindung mit der Gas- und Strompreis-Bremse angekündigt hat. Das ist ein deutliches Signal. Wir leben in einer Zeit, da brauchen wir Unternehmer mit Freude an ihrer Selbstständigkeit, aber wir haben auch die aktuelle Multi-Krisensituation, die die Aussichten immer wieder etwas trübt. Aktuell geht es wieder ein bisschen bergauf und Unternehmer sollten ja immer ein Stück weit Optimisten bleiben. Aktuell läuft eine Umfrage von Bundesjustizminister Buschmann zum Thema Bürokratieabbau, wo wir ganz konkrete Vorschläge einspeisen sollen, aber da heißt es auch, „ohne dass Standards abgesenkt werden“. So, was sind jetzt solche Standards? Also wir haben bereits eine Vielzahl von Kennzeichnungsvorschriften für die Speisekarten bei uns in der Branche, z.B. Zutaten-Kennzeichnung und Allergen-Kennzeichnung, was mit viel Aufwand verbunden ist. Jetzt diskutieren wir aktuell über Herkunftskennzeichnung bei Fleisch und ein Tierwohl-Labeling, sogar über eine Tierwohl-Abgabe, die unter Umständen noch von den Gästen zu kassieren wäre. Konkret war schon in der Diskussion, eine Bio-Quote von 30 Prozent in den Kantinen des Bundes, der Länder usw. einzuführen. Dafür gibt es allerdings überhaupt keine Nachfrage, zumal im Handel der Bio-Umsatzanteil aktuell nur bei 6 Prozent liegt. Mit Blick auf die Inflation greifen die Leute lieber zu regionalen Lebensmitteln und verzichten auf die Bio-Zertifizierung, man muss ja wissen, dass viele Bioprodukte auch aus dem Ausland kommen können. Wir sollten ein Bewusstsein dafür schaffen, wie wichtig und gesund eine mehr pflanzenbetonte Ernährung ist, aber bitte durch Aufklärung, nicht durch Bevormundung. Beispiel Lieferketten-Gesetz. Ein Caterer rief mich an und sagte: „Mensch, jetzt haben wir gerade ganz tolle Landwirte, die uns Super Gemüse liefern für unsere Kantinen in den jeweiligen Regionen und Standorten, wo wir vertreten sind, aber die Landwirte können das gar nicht leisten, was da jetzt alles verlangt wird in Sachen Lieferketten-Sorgfaltspflichten-Gesetz, und ich muss meine Lieferanten reduzieren“. Das alles bedeutet – wenn ich auf Mittelständler setze – mehr Aufwand, also

mehr Bürokratie. Ich werde das nochmal ein bisschen repräsentativer erheben, das war jetzt eine – allerdings nachvollziehbare – Einzelmeinung. Wir alle wollen gesunde, regionale Wirtschaftskreisläufe, die auch gerade im ländlichen Raum die Attraktivität der Regionen stärken, wo wir alle miteinander ein Augenmerk darauflegen sollten, dass es da lebenswert ist. Dabei ist es ganz wichtig, dass die Betriebe nicht gegängelt werden.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Ich muss auf die Zeit hinweisen Frau Hartges.

**Ingrid Hartges** (DEHOGA): Die vielfältigen Anforderungen, die es heute für die Hotels und die Gastronomie – etwa im Arbeitsrecht und speziell der Arbeitszeitdokumentation – zu berücksichtigen gilt, das ist einfach der Wahnsinn. Wir brauchen da viel weniger. Ich finde es dennoch gut, wenn Betriebe ermuntert werden, einige Dinge im Interesse der Gäste zu deklarieren. Ich kenne genügend Wirte, die deklarieren, von welchem Hof, von welchem Metzger sie ihre Produkte beziehen, und dafür werben wir auch. Wir bringen jetzt gerade eine neue Publikation heraus zum Thema „1x1 der Speisekarten-Kennzeichnung“ (Arbeitstitel), weil dieser Bereich wirklich umfangreich ist und von den Kontrolleuren der Behörden immer wieder beanstandet wird.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Frau Hartges, Sie sind über der Zeit.

**Ingrid Hartges** (DEHOGA): Ich bin über der Zeit. Sollen wir das Thema Getränke-Mehrwertsteuer nachher nochmal ansprechen?

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Ja, gerne. Nunmehr Herr Dr. Nothnagel, bitte sehr.

**Dr. Ilja Nothnagel** (DIHK). Ich probiere die übersichtliche Zeit – es war ja eine Frage an uns beide – gerne reinzuholen. Also wir haben zum Beispiel das Thema „Meldeschein“, der ist ja digitalisiert worden. Die Frage dazu bleibt, ob wir den Meldeschein überhaupt beibehalten sollen oder nicht. Das ist für mich ein Thema für die Bürokratie-Diskussion.

Zum Thema „Allergien-Kennzeichnung“: Für die Angaben auf Tageskarten stellt sich die Frage: Muss



das wirklich immer ausgedrückt sein und überall hingehängt werden oder kann das derjenige, der es anbietet, auch mündlich erläutern? Ich war jetzt im Ausland unterwegs, da ist das Erste, was der Kellner fragt, gibt es am Tisch irgendjemanden, der allergisch ist gegen etwas, und dann weiß er ganz genau, wovon er dem Kunden dann abraten kann, und muss nicht in irgendeine Liste reingucken. Das sind Themen, die man gut mit dem Gast bereden kann.

Kleine und mittlere Unternehmen sind inhabergeprägt, das heißt, Frau Dallmeier hat das gerade schon sehr schön beschrieben, sie sind sowohl im Vertrieb (also am Counter) als auch im Backoffice tätig. Und je mehr sie im Backoffice sind, umso weniger stehen sie im Kontakt zu ihren Kunden. Wir hatten in der erwähnten Studie herausgearbeitet, dass so ein mittelständischer Betriebsbesitzer 14 Stunden in der Woche mit Bürokratie verbringt. Nicht jede Bürokratie ist schlecht, man muss sich nur fragen, wo sie hilfreich ist und wo man sie effizienter gestalten kann. Ich glaube, da ist ein „runder Tisch“ nicht schlecht und Frau Hartges hatte ja bereits einige Themen genannt.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Dann hat jetzt Thomas Lutze von der Fraktion DIE LINKE. das Wort.

Abg. **Thomas Lutze** (DIE LINKE.): Mir geht es um den Faktor Arbeit, der oft geschmäht wird als Kostenfaktor, aber eigentlich das größte Kapital in der Branche ist. Deswegen meine Fragen an die Kollegin Austermühle von ver.di. Sie haben ja eine umfangreiche übersichtliche Darstellung gemacht. Mich würde interessieren, nochmal wirklich zusammenfassend, wo die Hauptanforderungen jetzt liegen in der Richtung, dass wir gerade eine Pandemie hatten, wo es die Branche ja nun volles Rohr erwischt hat, ich glaube wie fast keine andere. Aber ich weiß jetzt nicht, ob da die Gastronomie- und Reisebranche Nummer Eins war, auch was die Auswirkungen auf die Beschäftigten angeht.

Mich würde dann auch der branchenübergreifende Fachkräftemangel interessieren, was sieht ver.di da als mögliche Lösungen an, um dort weiterzukommen. Es gibt ja mehrere Branchen, die händeringend um qualifiziertes Fachpersonal wetteifern und sich gegenseitig ausstechen.

Und die dritte Frage, die ich in dem Zusammenhang hätte, ist der Ausbildungsbereich. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen sind oft dafür bekannt, dass sie, im Vergleich zu großen Konzernen, überdurchschnittlich stark ausbilden. Und da wäre für meine Begriffe auch die Frage an Sie, wie es jetzt weitergeht. Was schlägt ver.di dort vor?

**Sonja Austermühle** (ver.di) Ich würde – das ist mein Zuständigkeitsbereich bei ver.di. – darauf eingehen, wie sich die Corona-Zeit für die Kolleginnen und Kollegen in Reisebüros und im Veranstalterbereich ausgewirkt hat. Das Kurzarbeitergeld hat trotz Erhöhung nicht ausgereicht, dass die Arbeitsplätze in der Branche vollständig erhalten werden konnten. Nunmehr hat die Reiselust der Deutschen – auch in Wahrnehmung der Beschäftigten – zwar wieder stark zugenommen, dennoch ist nicht gleichzeitig die Anzahl der Beschäftigten proportional gewachsen. In der Zeit von Corona sind offensichtlich viele Stellen abgebaut worden trotz der Warnungen, die auch von Betriebsräten und Gewerkschaften signalisiert worden waren. Trotz des Kurzarbeitergeldes haben viele Fachkräfte die Branche verlassen. Nach meinen Informationen verlassen auch heute noch Fachkräfte die Branche, weil sie sich jetzt einem anderen Arbeitsumfeld ausgesetzt sehen, also auch viele Dinge jetzt plötzlich neu wissen müssen. Die Kunden hätten nunmehr andere Anforderungen z.B. durch die Kurzfristigkeit des Buchungsverhaltens, aber auch durch viele Sachen, die die Kunden jetzt mehr wissen wollen im Sinne von Arbeits- und Gesundheitsschutz. Auch einige der dort verbliebenen Kollegen sagen mittlerweile, sie verlassen die Branche, weil sie ihre eigenen Ansprüche an den Job nicht erfüllen können, aber sich auch arbeitsbelastungsmäßig überfordert sehen. Das heißt, da ist aus unserer Sicht neben den Arbeitsinhalten definitiv auch ein Blick – zum Schutz der dort Beschäftigten – auf das Thema Arbeitszeit zu legen, aber auch auf das Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz, was mit der Arbeitszeit einhergeht.

Zum Thema Fachkräftemangel macht die Darstellung, die wir eingereicht haben, deutlich, dass jetzt der Touristiker-Beruf an sich nicht großartig bezahlt wird. Also da gibt es ja immer die schöne Vorstellung „Ich arbeite in der Touristikbranche, da kann ich extrem viel reisen“. Das ist jedoch nicht



das, was uns zurückgespiegelt wird. Oft wird mir gesagt, ich wäre so glücklich, wenn ich mir die Reise, die ich dort verkaufe, selber leisten könnte. Aber das können die Leute mit ihren Gehältern nicht mehr. Das heißt, wir haben teilweise Arbeitsbedingungen, die nicht besonders attraktiv sind, wir haben Gehälter, die nicht dazu beitragen, dass man sich später ein Rentnerleben davon leisten kann. Deshalb haben auch viele Fachkräfte komplett die Branche verlassen. Ein Bürokratie-Abbau oder Ähnliches darf nicht dazu führen, dass zum Schluss die Beschäftigten auf der Strecke bleiben, sondern es muss auch für sie weiter attraktive Arbeitsbedingungen geben.

Was die Frage Fachkräftemangel insgesamt angeht, will ich ganz ehrlich sein, also eine Patentlösung hat auch ver.di an der Stelle nicht, weil es die faktisch nicht gibt. Wir beobachten an vielen Stellen, dass viele Berufe in der Attraktivität aufgrund der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen verloren haben, auch bei den Touristikern.

Zur Situation der Ausbildung in der Tourismusbranche kann ich sagen, dass zu Corona-Zeiten logischerweise weniger ausgebildet wurde. Derzeit ist es extrem schwierig, Auszubildende zu finden, weil einfach die Zukunft der Branche selbst noch nicht als die sicherste gesehen wird. Also ich sage es mal so, der 16-Jährige, der jetzt seine Eltern fragt, will ich jetzt in der Touristik eine Ausbildung machen, der wird wahrscheinlich noch eine verhaltene Begeisterung an der Stelle ernten. Gleichzeitig bekomme ich auch Rückmeldungen, dass die Attraktivität der Ausbildung und speziell einiger Ausbildungsinhalte in Corona-Zeiten zurückgeschraubt wurde. Das gilt beispielsweise für Auslandseinsätze, die eine Ausbildung für Auszubildende attraktiv machen. Während der Pandemie wäre ich als Auszubildender auch nicht unbedingt gerne irgendwohin verreist, zumal ja im In- und Ausland alles geschlossen war und man so auch nicht viel lernen konnte. Aber solche attraktiven Angebote sollte es für Auszubildende jetzt auch wieder geben.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Wir beginnen mit der zweiten Fragerunde und Herr Zierke von der SPD-Fraktion hat das Wort.

Abg. **Stefan Zierke** (SPD): Ich würde zum Thema

Ausbildung gleich anschließen wollen, und zwar bei Herrn Sven Liebert, BTW. Im Statement fordern Sie eine gesellschaftspolitische Aufwertung der Ausbildung unter anderem durch die Vernetzung von Wirtschaft und Schule. Wie sollte das aus der Sicht der Branche sein? Wie sollte der Beruf aufgewertet werden und speziell die Ausbildung? Was könnten unsere Aufgaben dabei sein? Also wie kann man die Unternehmen dort gezielt entlasten, um sich dann aufs Geschäft wieder zu konzentrieren?

Meine zweite Frage geht an Herrn Nothnagel, DIHK, zum Thema Tourismusstrategie. Was erwarten insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen von der Nationalen Tourismusstrategie und der damit Hand in Hand gehenden nationalen Plattform Zukunft des Tourismus?

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Herr Liebert, bitte sehr.

**Sven Liebert** (BTW): Wir als Dachverband haben natürlich zum Thema Ausbildung eine Perspektive, aber wenn es sozusagen um den Blick unter die Motorhaube geht, da ist dann in der Tat sicherlich nochmal jemand gefragt, der sich detaillierter äußern kann. Meinerseits sind es einige Punkte, die in der Frage wichtig sind.

Was den Wert der Ausbildung betrifft, haben wir mittlerweile die Generationen hinter uns gelassen, bei denen man davon ausging, dass nur ein Studium – sozusagen wie der Heilige Gral – zum beruflichen Erfolg führe. Inzwischen wissen wir, dass das in der Tat anders ist, denn viele Studierende machen noch keinen Handwerksbetrieb, machen noch kein Restaurant und bringen uns im Zweifel auch nicht an einen schönen Urlaubsort. Also wir brauchen in Fragen der Wertigkeit der Ausbildung ein Update. Das ist eine Aufgabe für die Politik, aber auch eine Aufgabe für uns als Betriebe, auch die Vorteile, die wir als Branche haben, weiter ins Schaufenster zu stellen.

Besonders wichtig ist die Zukunftsfähigkeit einer Ausbildung in der Tourismuswirtschaft, das sagte auch Frau Austermühle gerade, damit die Branche wieder als eine zukunftssichere Branche empfunden wird. Wir haben pandemiebedingt einen weitgehenden Shutdown erlebt, wo zwei Jahre lang die



Reise-Leidenschaft sozusagen am Boden lag. Inzwischen zeigt die Reisewirtschaft wieder eine deutlich positive Entwicklung, so dass man von der Zukunftssicherheit in der Ausbildung in der Tourismuswirtschaft ausgehen kann. Ansonsten will ich den Ball einfach gerne mal zu Ingrid Hartges hinüberwerfen.

**Ingrid Hartges (DEHOGA):** Gerne. Also wir brauchen eine Offensive für die duale Ausbildung, und zwar auf allen Ebenen. Es ist wichtig, dass in den allgemeinbildenden Schulen viel intensiver auch die Ausbildungsberufe vorgestellt werden. Wir haben ja die Durchlässigkeit des Bildungssystems. Es ist nach einer Ausbildung immer noch möglich, dass jemand studiert, da gibt es seit einiger Zeit eine beachtliche Durchlässigkeit. Gott sei Dank möchte ich sagen und das müssen wir noch stärker vorantreiben. Es gibt gerade in unserer Branche tolle Ausbildungsberufe. Teilweise waren wir vor Jahren z.B. mit den zwei Berufen „Hotelfachleute“ und „Köche“ unter den „Top Ten“ der Ausbildungsberufe. Wir waren in der Spitze bei über 100.000 Auszubildenden. Die Situation ist heute eine andere, aber wir holen wieder ein bisschen auf. Wir haben über alle Ausbildungsberufe hinweg einen Zuwachs gegenüber dem letzten Jahr, also es geht wieder in die richtige Richtung. Dennoch liegen wir immer noch bei 9,5 Prozent unter 2019, nur um deutlich zu machen, welche tiefen Spuren die Pandemie hier hinterlassen hat.

An der Stelle nochmal ein dickes Dankeschön an den Bund, aber auch die Bundesländer, das war auch ziemlich parteiübergreifend, als man gesagt hat, „wir brauchen keine Infektionsschutz-Maßnahmen mehr“, um die Stigmatisierung unserer Branche zu beenden. Jetzt ist wichtig, dass die gesamte Tourismusbranche wieder arbeiten darf und dass wir für junge Menschen attraktive Ausbildungsberufe haben.

Wir unternehmen selbst viel zur Top-Ausbildungsqualität mit einer entsprechenden Zertifizierung, die auf der Basis der Rückläufe der Auszubildenden beruht. Es sind jetzt 400 Betriebe, die diese Zertifizierung erworben haben. Wir werden da demnächst noch mehr machen. Wichtig ist, dass der Berufsschulunterricht, der uns im Moment Sorgen bereitet, verbessert wird. Das hängt teilweise

natürlich damit zusammen, dass viele mit Migrationshintergrund in den Klassen sind, wo es sprachliche Barrieren gibt. Da gibt es einige Baustellen, da braucht man einen Masterplan auf allen Ebenen, was die Zukunft und die Wirtschaftskraft und die Zukunft unseres Landes ausmacht.

**Dr. Ilja Nothnagel (DIHK):** Ich würde gerne noch, wenn ich darf, den zweiten Teil der Fragestellung beantworten.

Vors. **Jana Schimke (CDU/CSU):** Ja, gerne.

**Dr. Ilja Nothnagel (DIHK):** Ich würde direkt an Frau Hartges anschließen, weil das Thema Fachkräfte ein Schwerpunkt der Nationalen Tourismusstrategie ist und unmittelbar Bezug zur Ausbildung in den Berufsschulen hat. Das Thema Tourismus ist gerade für sogenannte strukturschwache Regionen sehr wichtig. Da haben sie zum Teil weite Anfahrtswege zu den Berufsschulen und da haben sie haben die Fragen: „Lohnt sich das überhaupt, hier den Berufsschullehrgang zu machen?“ Wie weit kann ich eigentlich die jungen Menschen, wenn sie dann noch nicht Auto fahren können, schicken?“ Wenn wir die Unternehmen fragen, wo habt ihr den Fachkräftemangel in der Branche, dann sagen die bei Auszubildenden und bei ungelerten Personen. Das ist also ein großes Thema, ich glaube auch für die Nationale Tourismusstrategie sehr wichtig und vielleicht, Herr Liebert, das bitte nochmal aufgreifen. Auch wir werden versuchen, die jungen Menschen davon zu überzeugen, dass sie sich für eine Ausbildung im Tourismusbereich interessieren.

Kurz zum Thema Tourismusstrategie und nationale Plattform „Zukunft des Tourismus“. Also wir freuen uns, dass Herr Abgeordneter Janecek jetzt zum Tourismusbeauftragten der Bundesregierung ernannt wurde. Wir wünschen ihm viel Erfolg bei seiner neuen Aufgabe. Auch vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen und hier anwesend sind. Ich glaube, dass wir da eine wichtige und große Aufgabe haben, weil der Tourismus ja so vieles kann in den Regionen. Das, was in der Tourismusstrategie als Schwerpunkt genannt wird, wird uns alle beschäftigen.



Das Thema Nachhaltigkeit und das Thema Bürokratieabbau sind absolut wichtig. Sie sollen in die Tourismusstrategie eingebettet werden.

Ich glaube auch, da schließt sich der Kreis zu Ihrer ersten Frage, ja, wir wollen, dass die Leute auch im Land selbst Urlaub machen und dabei neue Regionen entdecken. Aber wir wollen auch, und das ist ein wichtiger Bestandteil einer nationalen Strategie, dass wir international ein wichtiger Standort sind, dass wir Gäste hierherholen. Ich kann mich da an die WM 2006 erinnern und – ob Fußballfan oder nicht – was die WM 2006 gedreht hat an Wahrnehmung und an Hospitality des Landes, das haben wir alle noch sehr positiv vor Augen.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Und jetzt Frau Anja Karliczek von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Herzlichen Dank erstmal an Sie alle für die Ausführungen, die sie schriftlich abgegeben haben und die wir heute schon gehört haben. Ich möchte aber meinen Dank auch an jemanden richten, der nicht mit am Tisch sitzt, nämlich Norbert Kunz vom DTV, der bereits früher eine Stellungnahme abgegeben hat, die sich mit Fragen der Infrastruktur und der Rolle der kleinen und mittelständischen Betriebe in den Regionen befasst.

Zudem will ich den Punkt Fachkräfte, der ja jetzt schon aus verschiedenen Perspektiven angesprochen worden ist, etwas anders beleuchten. Ich habe hier so einen netten Text vor mir liegen, da steht: „Das Arbeitsministerium sieht keinen umfassenden Fachkräftemangel.“ Jetzt habe ich heute die ganze Zeit gut zugehört und ich habe von jedem gehört, dass wir Fachkräftemangel haben. Auch aus persönlicher Perspektive würde ich das so sehen. Deshalb die Frage: Gibt es den Fachkräftemangel wirklich oder ist das mehr Arbeits- als Fachkräftemangel?

Dann die zweite Frage: Derzeit haben wir es viel mit Unruhen und immer schneller werdenden Krisen zu tun. Nach Corona setzen wir jetzt auf dem Energiesektor mit der Energie- und Gaspreisbremse wieder massive Finanzmittel zur Unterstützung ein. Wenn die Krisen immer mehr zunehmen, dann sollte uns irgendwann etwas anderes einfallen, als einfach Geld vom Himmel zu schmeißen. Da würde

mich interessieren, wie wir die Resilienz gerade kleinerer Betriebe in Krisen stärken können. Das gilt sowohl für den Fachkräftemangel als auch für Fragen im Zusammenhang mit der Energie- und Gaspreisbremse, wo wir zum Beispiel ein Förderprogramm zur nachhaltigen flexiblen regionalen Energieversorgung beantragt haben. Solche Vorschläge sollen die Unternehmen wieder selbstständiger machen, damit sie sich aus eigener Kraft helfen können. Diese Frage könnte ich an alle von Ihnen richten. Aber ich würde, weil Frau Hartges schon viel Input gegeben hat, an dieser Stelle gerne Frau Budde fragen und danach einen der Herren nach interner Absprache.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Frau Budde, bitte sehr.

**Anke Budde** (asr Allianz selbständiger Reiseunternehmen – Bundesverband e.V.): Wir merken in unseren täglichen Arbeitsabläufen, dass wir ganz klar mehr Mitarbeiter bräuchten und diese nicht finden. Deshalb werden in der Tourismusbranche derzeit auch Gehälter über den Tariflöhnen gezahlt. Ich denke, das kann man ebenso für Gastronomie und Hotellerie sagen wie für Reisebüros und Reiseveranstalter. Der Fachkräftemangel beruht wesentlich darauf, dass wir zu wenig ausbilden. Wir sind ja im Mai bei Ihnen mit einer Berufsschulklasse gewesen, die uns über ihre Erfahrungen in der Schule bei der Vorstellung von Ausbildungsberufen berichtet hat. Da hieß es zum Beispiel „um Gottes Willen, bloß nicht Tourismus, und um Gottes Willen bloß keine Ausbildung“. Wenn man sagt „geh bloß nicht in den Tourismus, es wird doch in Zukunft alles online gebucht“, dann muss da ein klares Umdenken stattfinden. Was glauben die Menschen eigentlich, wer hinter diesen Online-Angeboten sitzt? Da sitzen nämlich Menschen, die das Produkt entwickeln, die das Produkt einkaufen und das Produkt online präsentieren. Wir müssen ganz klar über das Berufsbild reden und wir müssen das Berufsbild und die Ausbildung reformieren. Dazu sind heute schon Vorschläge gemacht worden. Ein großes Thema sind etwa Berufsschulstandorte. Könnten nicht Kurse für eine Bürokauffrau, eine Industriekauffrau oder eine Tourismuskauffrau zusammengelegt werden mit ergänzenden fachspezifischen Kursen, wie man das auch beim Abitur macht? Wir müssen darüber nachdenken, wie wir das Berufs-



bild und die Ausbildung reformieren müssen, damit sie an die Anforderungen der Zeit angepasst werden. Wenn ich heute im Reisebüro arbeite, muss ich auch Social Media Manager sein, ich muss Psychologe sein, ich muss Experte sein für die „ganze Welt“, ich muss mit den Reisevorschriften, die sich tagtäglich – z.B. durch das Auswärtige Amt – ändern können, zurecht kommen und ich muss das, was an AGBs zwischen den Zeilen steht, auch alles verstehen können. Ich denke, wir müssen unsere Auszubildenden anders als bisher vorbereiten, damit eben diese Überforderung, die Frau Austermühle angesprochen hat, nicht entsteht.

Was die Stärkung der Resilienz der Unternehmen betrifft, ja, ich denke auch, dass wir Förderprogramme für die Unternehmen brauchen, damit die einfach den Mut bekommen, auch Dinge anders zu denken und sich damit vielleicht auch ein Stück weit diesem Fachkräftemangel und anderen Problemen entgegenstellen könnten, indem sie etwa gewisse Abläufe digitalisieren.

**Dr. Ilja Nothnagel (DIHK):** Zum Fachkräftemangel. Den spürt man nicht nur in den ländlichen Regionen, sondern auch hier in Berlin. An einem Montagabend ist selbst in Berlin nicht ganz einfach, außerhalb der Hotels ein gutes Restaurant zu finden, weil die Öffnungszeiten als Folge des Fachkräftemangels oft stark reduziert werden.

Deshalb versuchen wir als IHK-Organisation intensiv, die Zahl der Auszubildenden speziell in dieser Branche zu steigern. Wir bilden Plattformen, damit Auszubildende sich bewerben können. Wir wissen, dass einige Betriebe gar keine Bewerbungen mehr bekommen, so dass wir Jugendliche ansprechen, um sie für die Berufe überhaupt zu interessieren.

Wir können die demografische Entwicklung nicht wegdiskutieren, es scheiden mehr Leute aus dem Arbeitsmarkt aus als sie nachwachsen. Wie können wir mehr Menschen für einen Beruf gewinnen? Auch solche, die vielleicht ein Studium angefangen haben und nicht beenden konnten, aus welchen Gründen auch immer? Ich glaube, es gibt sehr viele, die gerne im Tourismus arbeiten, speziell auch „am Kunden arbeiten“, die auch gerne international unterwegs sind, auch in der Gastronomie. Der Tourismus ist nicht die einzige Branche mit solchen Problemen. Wir sehen einen großen Fachkräftemangel

etwa bei Lkw- oder Omnibus-Fahrern, sehr wichtig übrigens für den Bereich Tourismus.

Und das schließt an die Beantwortung des zweiten Teils Ihrer zweiten Frage an, zur Stärkung von Resilienz der Unternehmen für Krisenzeiten. Es gibt so etwas wie den „Schwarzen Schwan“. Dass der jetzt zweimal über den Globus bzw. Europa fliegt, ist schon sehr ungewöhnlich, also einmal mit Corona und dann mit dem Angriffskrieg Russlands in der Ukraine. Da können sich Unternehmen schwer darauf vorbereiten. Speziell bei Corona wurden die Betriebe der Branche besonders hart getroffen. Da können sie noch so wettbewerbsfähig sein, wenn sie gezwungen sind, ihren Betrieb nicht öffnen zu dürfen. Ich würde nicht den Begriff Subventionen wählen, wenn Sie in einem solchen Fall mit staatlicher finanzieller Unterstützung versucht wird, den Geschäftsbetrieb und damit die Arbeitsplätze und im Zweifel auch die Struktur vor Ort zu erhalten.

Für die Resilienz von Unternehmen ist die Aufstellung der Betriebe für die Zukunft wichtig. Da haben wir speziell das Thema der Digitalisierung, was auch die Modernisierung der Ausbildungsberufe einbezieht. Aber wenn sie kein Breitband vor Ort haben, kann eine Digitalisierung auch nicht stattfinden. Also müssen viele Zahnrädchen gut ineinandergreifen, um die genannten Baustellen abzubauen und die Resilienz der Betriebe zu erhöhen.

Von Frau Dallmeier haben wir ja schon gehört, was das so täglich bedeutet mit der Bürokratie. Wenn wir das an der einen oder anderen Stelle gut angehen, werden wir erleben, dass wir die Betriebe nach der heftigen Coronakrise wieder fit machen können.

**Vors. Jana Schimke (CDU/CSU):** Als nächster hat Stefan Schmidt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Abg. Stefan Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE):** Ich würde gerne das Thema Arbeitskräfte und Fachkräfte nochmal aufgreifen und Frau Austermühle für ver.di und Frau Hartges für den DEHOGA fragen. Es wurde ja geschildert, dass die Situation für die Beschäftigten einerseits sehr anspruchsvoll, andererseits es für die Branche sehr schwierig ist, Arbeitskräfte zu halten oder solche zu ersetzen, die sie während der Pandemie verloren



haben. Mich würde interessieren, ob Sie konkrete Wünsche haben, wie wir die Situation in der Tourismusbranche, die Arbeitskräfte betreffend, verbessern können. Was wir zusätzlich tun können, damit Beschäftigte in die Branche kommen bzw. in ihr bleiben? Vielleicht ergänzt um die Frage, ob denn die Erhöhung des Mindestlohns den Wechsel zumindest ein bisschen gebremst hat? Und inwiefern die Ausbildungsordnung und die veränderten Ausbildungen konkret schon erste Effekte haben und ob man da gegebenenfalls nochmal nachsteuern muss?

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Frau Austermühle.

**Sonja Austermühle** (ver.di): Die Situation der Beschäftigten in der Branche ist, wie gesagt, schwierig. Je mehr Beschäftigte die Branche aufgrund Corona verlassen haben, umso mehr besteht jetzt Überlastung und die Leute, die noch arbeiten, werden an der Stelle immer gefrusteter. Als konkrete Lösung, wie man den Leuten ganz spontan helfen könnte, wäre es – klassisch gewerkschaftlich – zu sagen, Leute, ihr müsst als Unternehmen jetzt mehr Geld in die Hand nehmen, damit ihr die Leute haltet, und die Arbeitsbedingungen attraktiver machen. Vorhin ist das Wort gefallen „wir bezahlen über Tarif“, da frage ich mich konkret über welchen Tarif denn bitte, weil die meisten der mittelständischen und Kleinunternehmen originär überhaupt nicht tarifgebunden sind. Wenn wir in der Fläche verhandeln, dann verhandeln wir gar nicht originär für die Beschäftigten in den kleinen und mittelständischen Unternehmen, für die es nur um eine Orientierung geht. Diese Unternehmen sollten jetzt nicht nur auf Hilfen von der Politik warten, sondern selbst ihre Verantwortung gegenüber den Beschäftigten sehen. Dazu stellen wir fest, dass die Reisen, die jetzt verkauft werden, mit einer deutlich größeren Marge verkauft werden. Das heißt, die Reisezahlen sind vielleicht noch nicht ganz auf dem Niveau, wie sie 2019 waren, aber was die Umsätze betrifft, da sind wir schon wieder gut unterwegs. Demgegenüber hat sich die Marge der Beschäftigten nicht vergleichbar erhöht, genauso wenig wie sich die Marge der Beschäftigtenanzahl dadurch erhöht hat. Gut, das betrifft ja gerade die Frage nach dem Arbeitskräftemangel und wie man damit umgeht. Wir sagen, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten müssen in dieser Situation von

der Arbeitgeberseite deutlich verbessert werden, damit dadurch – neben dem Abtragen von Schulden und der Bewältigung der schwierigen Lage aufgrund von Corona – jetzt auch in die Beschäftigten „investiert“ wird. Ohne diese funktioniert es einfach nicht.

**Ingrid Hartges** (DEHOGA): Zur Frage von Herrn Schmidt möchte ich festhalten: Wir hatten auch schon vor der Pandemie Mitarbeitermangel, die Branche hat zehn Wachstumsjahre, wir haben einen Beschäftigungsrekord nach dem anderen gehabt. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erreichte im September 2019 einen Spitzenwert von 1.130.000 Beschäftigten. Ja, es haben uns bis Mai 2021 – am Ende des langen Lockdowns von sieben Monaten – insgesamt 165.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte verlassen, aber inzwischen ist das Leck auf 37.000 Beschäftigte geschrumpft. Es fehlen insbesondere noch sehr viele Minijobber, die sich in anderen Branchen umgesehen haben. Viele sind wieder zurückgekommen, weil sie vielleicht festgestellt haben, es ist bei uns schon ein bisschen attraktiver als in anderen Bereichen.

Es war absolut richtig und konsequent, dass Bundesregierung und Landesregierungen die Corona-Hilfen sowie die Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld auf den Weg gebracht haben. Alles andere wäre eine Katastrophe geworden für die Branche, für die ich hier spreche.

Jetzt, lieber Herr Schmidt, zu Ihrer originären Frage: Es gibt einen Fachkräftemangel ebenso wie einen Arbeitskräftemangel. Hier muss man unterscheiden. Bei den Anlerntätigkeiten haben wir insgesamt kein Problem. Aber in dem Bereich, wo gute Köche gefragt ist, da brauchen wir qualifizierte Köche, und im Hotel brauchen wir qualifizierte Hotelfachleute und Hotelkaufleute. Positiv stimmt mich, dass im Jahr 2022 bis zum September 21.237 junge Menschen „Ja“ zu einer Ausbildung in unserer Branche gesagt haben und das ist ja keine kleine Zahl. Mit dieser Zahl der neubegonnenen Ausbildungsverträge im Jahr 2022 gehören wir immer noch zu den großen Ausbildungsbranchen.

Selbstverständlich sollten wir die Potenziale der Beschäftigung ausländischer Mitbürger noch stärker berücksichtigen. Hier sind Sprache, Ausbildung



und Beschäftigung die besten Wege der Integration. Das können wir gerne vertiefen, Herr Schmidt,

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Als Nächster hat wieder Nico Tippelt von der FDP-Fraktion das Wort.

Abg. **Nico Tippelt** (FDP): Frau Dr. Dallmeier, Sie sprachen vorhin schon die Probleme mit der Schlussabrechnung der Überbrückungshilfen an. Ein weiterer Aspekt, auf den Sie hinweisen, sind die erheblichen Investitionsbedarfe für kleine und mittelständische Unternehmen im Zusammenhang mit der notwendigen Digitalisierung, und dass dies aufgrund der geringen Margen oft nicht zu stemmen sei. In welchen Bereichen konkret gibt es noch einen Modernisierungstau in den Reisebüros? Arbeiten hier nicht fast alle inzwischen mit modernen Reservierungs-, Abrechnungs- und CRM (Customer-Relationship-Management) -Systemen?

Und noch eine Frage an Frau Austermühle: Sie schildern ausdrücklich und nachvollziehbar, wie sich aus Sicht der Beschäftigten die Arbeit im Reisebüro verändert und damit komplexer und anstrengender geworden ist. Ein Grund für die mangelnde Attraktivität des Berufes ist ja das wohl vergleichsweise geringe Gehaltsniveau. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Unternehmer, die Gehälter zu erhöhen, wenn nicht zugleich auch die Provision der Veranstalter erhöht wird? Lässt der Kostendruck durch steigende Energiepreise, Büromieten etc. überhaupt noch Möglichkeiten für Gehaltsanpassungen zu, ohne dass die Unternehmen aufgeben müssen?

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Frau Dr. Dallmeier, bitte sehr.

**Dr. Ute Dallmeier** (LCC): Auf Frage von Herrn Tippelt greife ich gerne das Thema mit der Marge auf. Denn wie Frau Austermühle es dargestellt hat, ist zwar der durchschnittliche Reisepreis gestiegen, was allerdings nicht automatisch zur Folge hat, dass wir deshalb eine höhere Marge haben. Der Reisevertrieb ist ja an Provisionen gebunden und diese Provisionen sind eher niedriger geworden, da wir aufgrund der Umsätze und Teilnehmerzahlen nicht an die Super-Provisionen herankommen, sondern bei den durchschnittlichen 10 Prozent bleiben. Da-

bei hat sich die Nachfrage nach Reisebüroleistungen unterschiedlich entwickelt. Im Bereich der Familien, die auch preisgünstigere Angebote suchen, ist aufgrund der begrenzten Budgets noch eine Zurückhaltung zu spüren. Andererseits könnte der von uns so bejubelte und wirtschaftlich spürbare Nachholeffekt für Reisen nach Australien, USA und Kanada, die lange Zeit unmöglich waren, möglicherweise ein Einmaleffekt sein.

Zum Thema der Digitalisierung ist klar, dass jeder Mitarbeiter in der Touristik mittlerweile auch ein IT-Fachmann sein muss, weil wir natürlich systembedingt verkaufen. Also wir sitzen alle vor Computern und brauchen Systeme, um das Angebot an die Kunden heranzubringen. Das ist Teil der betriebswirtschaftlichen Ausbildung, die in den Berufsschulen längst nicht so intensiv durchgeführt wird, wie es der Beruf verlangt. Wir arbeiten trotz der Digitalisierung noch nach alten Mustern, wobei wir wieder beim Thema Bürokratieabbau wären. An dieser Stelle würde ich mir wünschen, dass wir für die Digitalisierung der Reisebüros Fördermöglichkeiten hätten. Förderprogramme gibt es ja für den Binnentourismus, also für den Deutschlandtourismus, aber in der Regel nicht für den Vertrieb, also Reisebüros. Fördermöglichkeiten im Bereich der Digitalisierung haben viel mit den sozialen Medien zu tun und mit zusätzlichen Systemen, die die Arbeit erleichtern. Möglicherweise gibt es Förderungen in versteckten Programmen. So gibt es zwar zum Beispiel in NRW Digitalisierungsgutscheine. Ich kenne aber kein Reisebüro, das bei dem Förderprogramm, bei dem es 2.000 Euro für eine Digitalisierung gibt, sich den entsprechenden bürokratischen Aufwand für einen Förderantrag macht. Da sollte es mehr Aufklärung gehen und die Förderprogramme mehr an den Bedürfnissen des Mittelstandes ausgerichtet sein.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Frau Austermühle, bitte sehr.

**Sonja Austermühle** (ver.di): Ich fasse es nochmals kurz zusammen: Wir haben das Phänomen, dass die kleinen und mittelständischen Unternehmen sich der originären Tarifbindung entziehen. Das heißt, das klassische System über den in Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes vorgesehenen Weg zu einem ausgeglichenen Lohn zu kommen, findet nicht statt. Dieser Weg über Tarifverhandlungen in





einem Aushandlungsprozess würde eine gewisse Sicherheit für Beschäftigte ausstrahlen und könnte den Beruf wieder attraktiver machen. Diesen Weg haben wir aber gerade in der Touristik nicht.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Eine kurze Ergänzung durch Frau Hartges?

**Ingrid Hartges** (DEHOGA): Gegenüber Frau Austermühle möchte bei Ihren pauschalen Vorhaltungen gegenüber der Tourismuswirtschaft nur eines klarstellen. Gastronomie und Hotellerie stellen rund 70 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse in der gesamten Tourismuswirtschaft. Wir haben insoweit in allen Tarifbezirken und Bundesländern aktuell geltende Tarifverträge mit der Gewerkschaft NGG. Wir haben in nicht wenigen Bundesländern auch eine Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung der Tarifverträge vorgenommen. Ich wollte das nur klarstellen, auch für das Protokoll. Sie können nicht für Gastronomie und Hotellerie sprechen. Das machen Ihren Kollegen von der NGG, die sich hoher Wertschätzung erfreuen.

**Sonja Austermühle** (ver.di): Das tun sie durchaus, deswegen möchte ich darauf hinweisen, dass ich ganz am Anfang erwähnt hatte, für welche konkreten Branchen ich hier sprechen kann.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Vielen Dank für die Klarstellung. Als Nächstes hat für die AfD-Fraktion, Herr Moncsek, das Wort.

Abg. **Mike Moncsek** (AfD): Meine Frage geht an Frau Hartges, Sie hatten vorhin nicht mehr die Zeit, auf die Mehrwertsteuer auf Getränke einzugehen, das wäre meine erste Frage, dass Sie dazu nochmal ein paar Ausführungen machen.

Und meine zweite Frage geht an Herrn Nothnagel von der DIHK. In Ihrer Konjunkturumfrage 2022 mit Sonderauswertung für Tourismus wurden besorgniserregende Erwartungen für die Betriebe für 2023 geäußert. Können Sie uns erläutern, warum die Geschäftserwartungen in den verschiedenen Bereichen der Tourismuswirtschaft so eingebrochen sind oder einbrechen, wodurch die aktuelle Finanzlage in den Unternehmen in der Tourismuswirtschaft geprägt wird?

Der Fachkräftemangel ist ein Thema, das uns alle beschäftigt. Wir haben eine Migrationszahl von mehreren Millionen, die zu uns gekommen sind, da würde mich interessieren, was für Programme und Wege die DIHK hat, um dieser Sache „Herr zu werden“ und den Fachkräftemangel oder überhaupt den Mangel an Arbeitskräften in Gastronomie und Tourismusbranche auszugleichen?

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Zuerst Dr. Nothnagel, bitte sehr.

**Dr. Ilja Nothnagel** (DIHK): Bei der zitierten Umfrage im Herbst 2022 zur Lage und Erwartungen der Branche für 2023 war das Thema Energie für alle das Entscheidende. Wir haben durch die Bank Erwartungslagen in allen Wirtschaftsbereichen gesehen, die so negativ waren, wie wir sie lange nicht hatten. Gleichzeitig waren die Erwartungen – das hatten wir hier schon angesprochen – durch eine große Unsicherheit geprägt. Der Inflationsdruck war sowohl bei den Unternehmen als auch bei den Verbrauchern da. Wie viel kann ich weitergeben als Unternehmen, also komme ich eigentlich in die Pluszone, wie reagiert der Verbraucher? Im zweiten Teil von 2022 haben wir noch einen konjunkturellen Nachholeffekt gemerkt, ohne zu wissen, ob er sich auch 2023 fortsetzen würde. Die Unsicherheiten waren groß. Würden die Leute jetzt in den Urlaub fahren, die darauf gespart hatten? Würden die Menschen anstatt von 14 Tagen nur 7 Tage in den Urlaub fahren? Beim Thema Gastronomie: Gehe ich abends essen? Ich kann auch anstatt einmal in der Woche essen zu gehen, einmal im Monat essen gehen. All das sorgt auch derzeit für Unsicherheit.

Zu den Unsicherheiten gehören die zum Teil schon angesprochenen Themen wie verändertes Buchungsverhalten, Arbeitskräftemangel und Entwicklung der Arbeitskosten.

Seit Jahren beschäftigen wir uns zudem mit Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie mit dem von Ihnen angesprochenen Thema der Integration. Wir haben seit mehreren Jahren speziell ein Projekt mit dem BMWK zur Integration von Flüchtlingen in Betrieben, wo es um Fragen der Arbeitserlaubnis oder der Sprachkurse geht. Ich denke, dass wir das Thema der Integration von Migrantinnen noch verstärkt in den Blick nehmen sollten. Vieles wird dabei von der weiteren politischen Entwicklung in



Deutschland und Europa sowie der Kriegssituation in Osteuropa ankommen, die wir nicht beeinflussen können.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Jetzt Frau Hartges bitte.

**Ingrid Hartges** (DEHOGA): Wir würden es natürlich sehr begrüßen, wenn auch für die Verabreichung von Getränken ein reduzierter Steuersatz gelten würde. Das haben wir schon vor Jahrzehnten gefordert, seit Anfang der 90er Jahre. Ich habe dazu unzählige Sitzungen des Finanzausschusses mitgemacht und Sie wissen auch, dass es für bestimmte Anliegen politische Mehrheiten braucht und hier gibt es auch steuersystematische Aspekte, die gesehen werden müssen. Aber die Forderung ist nicht vom Tisch, wenn es um den Erhalt der Kneipenvielfalt geht, also dort, wo keine Speisen konsumiert werden. Insgesamt ist es bei Getränken schwieriger zu argumentieren, da eben alkoholfreie Getränke auch im Lebensmittel-Einzelhandel 19 Prozent haben und alkoholische Getränke sind dann nochmal ein anderes politisches Thema. Also ich habe da sehr viele Argumente der Wissenschaft, aber auch der Politik gehört, in den gefühlten zehn Finanzausschusssitzungen in den letzten Jahrzehnten.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Als letzter Fragesteller Thomas Lutze von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Thomas Lutze** (DIE LINKE.): Bei der Bewertung der heutigen Fragerunden sehe ich immer wieder, dass, wenn es um die Kosten geht, dann sind Kosten für Energie und für Miete irgendwie immer so etwas wie ein Naturgesetz. Wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Geld kosten, vielleicht noch mehr Geld verlangen als sie vorher bekommen haben, dann sind das so flexible Sachen, die man gerne eher wegdrückt. Deswegen ist es für meine Begriffe in Deutschland nach wie vor so, dass dort, wo es keine Tarifverträge gibt, das schlichtweg ein Standortnachteil ist. Es ist zwar nicht überall wilder Westen, aber es geht halt oft leider Gottes in diese Richtung. Und ich sehe selbstverständlich auch, dass gerade in ganz kleinen Unternehmen eine Tarifbindung nicht immer ganz einfach ist, da es ja in den Reisebüros oft eine gewisse Form von Selbstausbeutung gibt. Also oft ist die- oder derjenige, der so ein Reisebüro betreibt

ein Kleinstunternehmer, der vielleicht noch ein oder zwei Angestellte hat, die am Ende sehr wenig Geld verdienen. Deswegen gehen meine Fragen nochmal an Frau Austermühle von ver.di. Wir hatten hier im Ausschuss die Frage diskutiert, dass die Reisebüros Leistungen erbringen mussten, die sie nicht bezahlt bekamen. Gibt es oder gab es da eine Position von ver.di? Also wo quasi Reisen rückabgewickelt werden mussten und dann am Ende weder eine Provision noch irgendeine Gebühr dafür fällig wurde. Ich weiß den aktuellen Stand nicht, wie das jetzt letztendlich geregelt wurde.

Nun zur zweiten Frage. Es wurde vorhin von den touristischen Online-Plattformen bzw. -Unternehmen geredet. Wie sieht denn da die Beschäftigungssituation aus? Oder bei den großen Reiseveranstaltern, wo ja gesagt wurde, da zieht es jetzt wieder an, die Margen steigen sogar, aber offensichtlich überall nur nicht bei den Beschäftigten? Deswegen würde mich hier interessieren, welchen Umfang hat das bei Online-Firmen? Wer ist dort beschäftigt? Ist die Beschäftigung in Deutschland, ist die irgendwo in Europa oder irgendwo in Übersee, wenn da jemand über eine Hotline „rangeht“, falls mal überhaupt einer rangeht? Ich kaufe nichts im Internet, deswegen kenne ich mich damit nicht so aus. Aber das würde mich interessieren, was das denn beschäftigungspolitisch heißt und ob es da nicht irgendwo auch Möglichkeiten gibt, hier zumindest zu einigermaßen vernünftigen Rahmenbedingungen zu kommen.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Frau Austermühle, bitte sehr.

**Sonja Austermühle** (ver.di): Ich kann zu vielen der von Ihnen genannten Punkte da auch nur auf das zurückgreifen, was die Kolleginnen und Kollegen, die in der Branche arbeiten, mir dazu erzählen. Die Frage von Tätigkeiten im Onlinebereich bzw. in IT-Jobs, da habe ich dann schon an der einen oder anderen Stelle ein bisschen mehr Einblick.

Zu dem Thema der nicht bezahlten Leistungen, die von Reisebüros bei der pandemiebedingten Stornierung von gebuchten Reisen erbracht werden mussten. Da kann ich nur sagen, dass wir das mit Sorge beobachtet haben, wo wir aus gewerkschaftlicher Sicht aber oft die „Augen zudrücken“ mussten, ohne dass wir eine konkrete Position entwickeln



konnten, was sich zwischen den großen Reiseanbietern und den Reisebüros abgespielt hat. Nach meiner Kenntnis sind Rückbuchungen und Vergleichbares alles Sachen gewesen, für die der Arbeitgeber kein Geld bekommen hat, die Arbeit aber trotzdem erledigt werden musste. In der Anfangszeit der Corona-Phase, wo das extrem der Fall war, würde ich sagen, da hat auf allen Seiten gemeinsames Verständnis allen sehr viel weitergeholfen. Ich würde es dabei erstmal belassen wollen.

Was ich zur Tätigkeit im Rahmen einer Hotline beobachte, ist, dass das sowohl im Inland als auch im Ausland vorkommt, wobei es auch im Inland offensichtlich schwierig ist, gerade im touristischen Bereich Menschen zu finden, die IT-bewandert sind und gerne in der Touristik arbeiten möchten. Also auch dort macht sich der Arbeitskräftemangel für diese Unternehmen bemerkbar. Ich nehme wahr, dass Hotlines auch im Ausland gebucht werden mit unterschiedlicher Qualität, sowohl was das „Kundenerlebnis“ als auch was das „Mitarbeitererlebnis“ angeht. Dass die Arbeitsbedingungen dort anders sind und nicht immer das deutsche Niveau erreichen. Dass gerade Reisebüros aus dem kleinen und mittelständischen Bereich, die von größeren Reiseveranstaltern auf diese Hotlines verwiesen werden, damit nicht immer zufrieden gestellt werden. Dass gerade in der Zeit von Corona, wo es viele und nicht immer einfache Fragen gab, extreme Reibungsverluste entstanden, weil die Kommunikation oft nicht reibungsfrei verlief, weil die „Hotline“ eben ausgegliedert war. Das ist das, was mir von den Beschäftigten in Reisebüros erzählt wurde. Die dort originär angestellten Beschäftigten der Reisebüros durften das dann wieder „ausbaden“, weil sie den Ärger (mit den Kunden) zum Schluss beheben mussten. Das ist das, was auch in den großen Unternehmen rückgespiegelt wurde und umgekehrt auch von den mittelständischen Unternehmen, deren Beschäftigte sagten, dass sie da auch mitkämpfen würden, dass sie eben nicht nur konkret vor Ort den Kunden beraten müssten, sondern dass sie sich auch durch irgendwelche Hotlines selber, statt der Kunden, durchhackern müssten und dabei mehr oder weniger befriedigende Antworten bekämen. Das waren einige Probleme, die sich momentan im Arbeitsleben bei Veranstaltern und im Reisebüro aus den Erzählungen der Kolleginnen und Kollegen zeigen.

Vors. **Jana Schimke** (CDU/CSU): Damit sind wir am Ende unserer öffentlichen Anhörung angelangt. Ich möchte mich bei allen Damen und Herren Sachverständigen bedanken, die heute hier in Präsenz bei uns bzw. digital zugeschaltet waren. Vielen Dank für die Zeit, die Sie sich genommen und die Informationen, die Sie uns gegeben haben. Wir bleiben in Verbindung.

Schluss der Sitzung: 16:35 Uhr

Jana Schimke, MdB  
**Vorsitzende**



## **Verweis auf Stellungnahmen der Sachverständigen im Anlagenkonvolut**

**Sonja Austermühle**

A-Drs. 20(20)69

**Ingrid Hartges**

A-Drs. 20(20)70

**Sven Liebert**

A-Drs. 20(20)71

**Anke Budde**

A-Drs. 20(20)72

**Dr. Ute Dallmeier**

A-Drs. 20(20)73

**Dr. Ilja Nothnagel**

A-Drs. 20(20)74